



Stoppt den Waffenhandel!

**Newsletter der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!
Nr. 45 vom 6.11.2014**

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 21. Oktober zur Frage der Informationsrechte des Bundestages bei Rüstungsexporten die bisherige Praxis – dass der Bundessicherheitsrat Entscheidungen über Rüstungsexporte trifft – als verfassungswidrig eingestuft. Außerdem hat es das Recht auf Auskunftserteilung der Abgeordneten gestärkt. Auch wenn das Urteil andererseits Unerfreuliches enthält, bietet es doch die Chance, auf einer besseren Informationsgrundlage für das Rüstungsexportverbot einzutreten. Lesen Sie dazu die Medienmitteilung der Aufschrei-Kampagne sowie die Stellungnahmen von Stephan Möhrle (DFG-VK) und Holger Rothbauer (Rechtsanwalt der Aktion Aufschrei).

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wirbt die Aufschrei-Kampagne weiter für das Waffenexportverbot. Aktuelle Beispiele sind der Protest vor den Toren des Waffenherstellers Diehl in Überlingen, die musikalische Blockade der Rüstungsmesse AIRTEC in Frankfurt und die Gründung des „Friedensbündnis Osthessen“. Lesen Sie die motivierenden und inspirierenden Schilderungen auf unserer Webseite unter „Aktionsberichte“. Erfreulich ist auch, dass „Cafe Palestine Freiburg e.V.“ Mitglied der Aktion Aufschrei geworden ist.

Ärgerlich ist hingegen, dass deutsche Rüstungsfirmen weiterhin auf Rüstungsexporte setzen und Panzerbauer Kraus-Maffei Wegmann vom Krieg in der Ukraine profitiert. Es ist also wichtig, dass wir und Sie weiter am Ball bleiben – etwa durch einen Brief an Wirtschaftsminister Gabriel, der zwar eine restriktivere Rüstungsexportpolitik verspricht, aber weiterhin Waffenexporte in Krisenregionen genehmigt, und Rüstungsfirmen zwar schlanker und effizienter machen, aber nicht abschaffen will.

Die im Folgenden angerissenen Themen sind eine kleine Auswahl der zahlreichen Meldungen zu Rüstungsexporten. Lesen Sie mehr davon auf unserer Website unter "**Neues**".

Mit herzlichen Grüßen

Anke Wollny und Otto Reger
Online-Redakteurin und Online-Redakteur der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!

Waffenhandel: Heftige Ohrfeige aus Karlsruhe für Bundesregierung

Die Aktion Aufschrei begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Frage nach der Information des Parlaments bei Rüstungsexporten. Denn es zeigt, dass die Rüstungsexportkontrolle durch den Bundessicherheitsrat nicht verfassungskonform ist.

Kommentar zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Das Urteil des Verfassungsgerichts zur Information bei Rüstungsexporten hat auch sein Gutes - denn es zwingt die Regierung, ihre bislang nicht verfassungskonforme Praxis zu ändern, meint Stephan Möhrle von der DFG-VK in einem Kommentar zur Entscheidung.

Briefaktion an Wirtschaftsminister Gabriel: Sag NEIN zu Rüstungsexporten!

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat eine restriktivere Rüstungsexportpolitik versprochen. Dennoch genehmigt er weiterhin Waffenexporte in Krisenregionen. Machen auch Sie mit: Fordern Sie Gabriel auf, „Nein“ zur Rüstungsexporten zu sagen.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Aktionstag in Überlingen: "Mit Pauken und Trompeten gegen Drohnen und Raketen!"

Am 31. Oktober fand in Überlingen am Bodensee unter dem Motto "Mit Pauken und Trompeten gegen Drohnen und Raketen!" ein gelungener Aktionstag gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte statt.

Die IG-Metall und die Debatte um Rüstungsexporte

Die Diskussion um Rüstungsexporte hat bei der IG Metall zu Unstimmigkeiten geführt und die Kontroverse um Konversion wieder aufleben lassen. Einen Beitrag dazu gibt es in der aktuellen Ausgabe des Magazins Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung.

KMW profitiert von Bürgerkrieg in Ukraine

Der Panzerbauer Kraus-Maffei Wegmann (KMW) profitiert von der Ukraine-Krise. Wie das Handelsblatt berichtet, ist die Nachfrage nach KMW-Panzern vor allem in den osteuropäischen und skandinavischen Ländern gestiegen.

Panzerhersteller will offenbar jetzt auch Kriegsschiffe bauen

Nach Informationen der „Wirtschaftswoche“ will Rheinmetall den Kriegsschiffbauer Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) kaufen.

Linke fordern nationales Konversionsprogramm

Die Bundestagsfraktion Die Linke fordert die Bundesregierung in einem Antrag dazu auf, ein Konversionsprogramm zu entwickeln und die Umwandlung der Militärwirtschaft in eine Friedenswirtschaft zu ermöglichen.

BDKJ fordert Umdenken in der deutschen Außenpolitik

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat sich in einem Offenen Brief an die Verantwortlichen in Staat, Kirche und Gesellschaft gewandt. Darin fordert er unter anderem eine präventive Außenpolitik und den Verzicht auf Waffenexporte.

Aktion Aufschrei können Sie auch so unterstützen:

- Facebook-Präsenz besuchen und „teilen“ oder „mögen“
<https://www.facebook.com/Stopptdenwaffenhandel>
- Folgen Sie uns auf Twitter“
<https://twitter.com/AktionAufschrei>
- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis
<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>
- Eigene Veranstaltung planen
<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltung-planen.71.0.html>
- Spenden
<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Spenden.75.0.html>
- Newsletter direkt abonnieren:
<https://info.dfg-vk.de/listinfo/aufschrei-waffenhandel-info>
- Newsletter per E-Mail abonnieren
newsletter-bestellen@stoppt-den-waffenhandel.de

Rückmeldung: Lob, Kritik, Anregungen bitte per E-Mail an:
info@aufschrei-waffenhandel.de